

5. Verbriefung von Rechtsnormen der Stadt Winterthur durch Graf Rudolf von Habsburg

1264 Juni 22

Regest: Graf Rudolf von Habsburg verbrieft den Bürgern seiner Stadt Winterthur gnadenhalber folgende Rechtsnormen: Die Grundstücke innerhalb des Bezirks, dessen Grenzen entlang des äusseren Walls der Vorstadt über die einstige Burg oberhalb der Stadt und die Kirche auf dem Heiligberg zur Quelle genannt Widenbrunnen und von dort hinab zum Übergang genannt Dietsteg und entlang der Wiesen und Gärten zurück zum Ausgangspunkt verlaufen, sowie die Grundstücke, welche die Einwohner gegen Zinszahlung vom Grafen besitzen, sollen Marktrecht besitzen gemäss dem Recht der Stadt Winterthur. Hiervon ausgenommen sind die Kelnhöfe und die Höfe der Huber (1). Rechtsstreitigkeiten um Güter, die dem Marktrecht unterliegen, soll man nur vor dem Stadtherren und dem städtischen Schultheissen oder Amtmann in Gegenwart anderer Bürger gerichtlich austragen (2). Zum Schultheissen oder Amtmann der Stadt soll nur jemand aus dem Kreis der Bürger nach deren gemeinschaftlichem Ratschlag gewählt werden, der nicht die Ritterwürde besitzt oder erlangen soll (3). Verfolgt der Stadtherren einen Bürger wegen eines Delikts, dessen er angeklagt oder verdächtigt ist, soll er anerkennen, was vor den Bürgern und dem offenen Gericht über die Schuld oder Unschuld des Angeklagten befunden wird, und sich mit dem öffentlichen Urteil der Bürger begnügen (4). Kein Herr soll nach dem Tod eines Einwohners einen Vermögensanteil, den sogenannten Fall, einfordern, ausser es handelt sich um einen Leibeigenen, der keinen Nachkommen und Erben hinterlässt. Dann soll der Herr nach Rat der Bürger sein Recht erlangen (5). Der Wald Eschenberg soll nach alter Praxis als Allmende von der Stadt genutzt werden (6). Keinem Herrn steht aufgrund seines Eigentumsrechts an Eigenleuten deren Grundbesitz, der dem Marktrecht unterliegt, als Erbe zu (7). In der Stadt sollen Männer und Frauen das Recht haben, die Ehe zu schliessen und ihre ehelichen Söhne und Töchter zu verheiraten, wo immer sie wollen, ungeachtet der Standesunterschiede und der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Herrschaften (8). Die Einwohner von Winterthur sollen dem Stadtherren jährlich am 11. November nicht mehr als 100 Pfund Zürcher Münze Steuer zahlen, wie es unter seinen Vorgängern üblich war. Die städtischen Ämter und Gerichte stehen dem Stadtherren zu (9). Wer in der Stadt Bürger ist oder wird und von seinem Leibherrn innerhalb der Frist von Jahr und Tag zu keiner Dienstleistung aufgefordert wird, soll künftig keinem Herrn ausser dem Stadtherren zu Diensten sein. Ohne dessen Einwilligung darf niemand als Bürger aufgenommen werden (10). Nur wer des Betrugs, der Untreue, des Totschlags, der Blendung, der Verstümmelung, des Mordes oder eines gleichwertigen Verbrechens schuldig ist, verdient, von der Huld des Stadtherren ausgeschlossen zu werden. Wer jemanden mit einer Waffe verletzt, soll zur Busse 5 Pfund zahlen oder verliert die Hand. Wer andere strafwürdige Taten begeht, soll 3 Pfund Busse zahlen oder muss die Stadt ein Jahr lang verlassen (11). Die Burg auf dem Berg nahe der Stadt soll nicht wieder aufgebaut werden (12). Als Zeugen sind anwesend: Konrad von Tengen, Kuno von Teufen und Heinrich von Humlikon, Freie, Johannes von Blumberg, Ulrich von Hettlingen und sein Bruder, genannt Truchsess von Diessenhofen, Burkhard von Widen, R., ehemals Vogt von Frauenfeld, Nikolaus von Girsberg, Ritter, und viele andere. Der Aussteller siegelt.

Kommentar: Als Graf Rudolf von Habsburg im Juni 1264 die vorliegende Urkunde ausstellte, war sein Onkel Graf Hartmann IV. von Kyburg, der Stadtherren von Winterthur, noch am Leben. Hartmann starb im November 1264, ohne Nachkommen zu hinterlassen, hatte aber noch im Juli zugunsten des Chorherrenstifts Heiligberg geurkundet (UBZH, Bd. 3, Nr. 1274). Mit welcher Legitimation Rudolf die Rechtsaufzeichnung vornehmen liess, ist nicht geklärt. Der rund 70 Jahre nach den Ereignissen aufgezeichneten Schilderung des Chronisten Christian Kuchimeister zufolge soll die Zerstörung der in der Nähe der Stadt gelegenen Burg durch die Bürger von Winterthur den Grafen von Kyburg bewogen haben, seinen Besitz seinem Neffen als Lehen zu übertragen. Dieser habe nach seinem Herrschaftsantritt die Bürger für den Burgenbruch bestraft (Kuchimeister, Casus, S. 47). Von einer geordneten Herrschaftsübertragung geht die Forschung mehrheitlich aus, vgl. Windler 2014, S. 70-76; Stercken 2006, S. 11-12,

129-130; Elsener 1981, S. 99-100; Kläui 1964a, S. 49-53; Meyer 1947b, S. 305-309. Dagegen äussert Erwin Eugster Zweifel an der Plausibilität der Angaben Kuchimeisters und hält eine Vordatierung der Rechtsaufzeichnung für wahrscheinlich. Er verweist auf die langjährigen Auseinandersetzungen um das Erbe des Grafen, die tendenziöse Darstellung seitens des Chronisten zugunsten der Kontrahenten der Habsburger, der Äbte von St. Gallen, die fehlende Mitwirkung Hartmanns an der Ausfertigung der Urkunde, die nirgends belegte Übertragung Winterthurs an Rudolf sowie chronologische Unstimmigkeiten, vgl. Eugster 2015a, S. 98-104.

Ansprüche auf das Kyburger Erbe wurden von vielen Seiten erhoben. 1244 hatte Hartmann IV. mit Zustimmung seines Neffen Hartmann V. von Kyburg seinen Besitz, darunter auch Winterthur, der Strassburger Kirche als Lehen aufgetragen. Bischof Berthold hatte die beiden Kyburger und ihre Nachkommen beiderlei Geschlechts mit den Gütern belehnt und ihnen die Weitergabe aller oder einzelner Besitzungen an Dritte unter der Bedingung eingeräumt, dass die Lehensherrschaft weiterbestand (UBZH, Bd. 2, Nr. 599, 600). Derartige Lehensauftragungen zugunsten kirchlicher Institutionen verfolgten den Zweck, die Güter dem Zugriff territorialer Konkurrenten oder politischer Kontrahenten zu entziehen, vgl. Sablonier 1981, S. 41-43. Nach dem Tod Hartmanns IV. wurden von Seiten Annas, der minderjährigen Tochter des 1263 verstorbenen Grafen Hartmann V., keine Forderungen bezüglich Winterthurs gestellt, dagegen machten seine Witwe Margarethe von Savoyen und sein Neffe Graf Rudolf von Habsburg Besitzrechte geltend. 1260 war Margarethe in Gegenwart Rudolfs mit den Strassburger Kirchenlehen belehnt worden (UBZH, Bd. 3, Nr. 1108). In einem Verzeichnis der Güter, die ihr Rudolf nach dem Tod ihres Mannes entzogen haben soll, wird die Stadt Winterthur aufgeführt (UBZH, Bd. 4, Nr. 1304). Eine Chronik, die ein Ende des 13. Jahrhunderts im Auftrag des Strassburger Bürgers Ellenhard zusammengestellter Codex enthält, berichtet, wie Graf Rudolf mehrere Burgen sowie die Stadt Winterthur von Margarethes Bruder, dem Grafen Peter von Savoyen, erobert habe (Ellenhardi Chronicon, S. 123).

Die Aufzeichnung von Rechtsnormen demonstrierte einerseits Rudolfs Herrschaftsanspruch über Winterthur und förderte andererseits die Verständigung mit den Bürgern, die Zugeständnisse wie den Verzicht auf den Wiederaufbau der Burg erzielten. Dass sich der Habsburger noch zu Lebzeiten seines Onkels um eine günstige Ausgangsposition im erwartbaren Kampf um das Kyburger Erbe bemühte, geht aus dem Vergleich hervor, den er am 18. Juni 1264 mit dem Bischof von Konstanz schloss. Demnach hatte Graf Hartmann seinem Neffen Lehen der Konstanzer Kirche übertragen, die der offenbar übergangene Bischof zurückforderte (UBZH, Bd. 3, Nr. 1266). Vergleichbare Widerstände gegen eine Lehenübertragung waren von dem Strassburger Bischof Heinrich von Geroldseck nicht zu erwarten. Seine Position war infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen seines Vorgängers mit den Bürgern der Stadt Strassburg, die von Graf Rudolf von Habsburg unterstützt worden waren, geschwächt, vgl. Wiegand 1878, S. 65-66, 84-88. Die Lehensherrschaft über die Stadt Winterthur geriet jedoch nicht in Vergessenheit, wie ein Verzeichnis der Lehen der Strassburger Kirche zu Zeiten des Bischofs Berthold von Buchegg (1328-1353) zeigt (ADB R G 377, fol. 80r; Edition: Grandidier 1865-1867, Bd. 4, S. 554).

Die im 12. und 13. Jahrhundert vierlerorts erfolgenden städtischen Rechtsaufzeichnungen basierten auf einer mündlich tradierten Rechtskultur (consuetudines) und dienten einerseits der Abgrenzung zum Landrecht, andererseits der Absicherung von neuem Recht, für dessen Eindeutigkeit, Anerkennung, Übertragbarkeit und Veränderbarkeit die schriftliche Fixierung Voraussetzung war, vgl. Dilcher 1992, S. 12-19. Zu den grundlegenden Bedürfnissen einer Stadtgemeinde gehörte die Vereinheitlichung des rechtlichen Status der Bürgerinnen und Bürger, die Garantie der persönlichen und güterrechtlichen Freiheit sowie der Zuständigkeit des örtlichen Gerichts, vgl. hierzu Isenmann 2012, S. 163-171; Dilcher 1989, S. 22-26. Gerade bei einem Herrschaftswechsel lag zudem die Festschreibung des über die städtischen Mauern hinaus sich ausdehnenden Rechtsbezirks und Allmendgebiets im Interesse der Gemeinde, vgl. Patze 1977, S. 172-174. Welche Vorlagen für die Winterthurer Rechtsaufzeichnung von 1264 herangezogen wurden, muss offen bleiben. Die inhaltlich und formal heterogene Struktur des Textes ist verschiedentlich thematisiert worden, vgl. Kläui 1964a, S. 25-31. Die erste deutsche Übersetzung lag bereits im Jahr 1297 vor. Ergänzt um Bestimmungen, die auf ein Privileg König Rudolfs von 1275 zurückgehen sollen, und geltende Rechtsgewohnheiten, wurden die Rechtsnormen anderen Städten mitgeteilt

(SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 7), mehrfach überarbeitet und erweitert (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170; STAW URK 2157; SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 260).

Bei dem Schreiber lassen sich die Buchstaben «c» und «t» kaum voneinander unterscheiden.

Rūdolfus comes de Habsburch universis christifidelibus, ad quos presens scriptum pervenerit, salutem cum notitia subscriptorum. Gesta nobilium et magnorum in oblivionis puteo processu temporis mergerentur, nisi per scripture melamelam, sicut a prudentibus est previsum, tale periculum tolleretur.

[1] Elucescat igitur universis et singulis evidenter, quod nos civibus nostre ville in Wintirtur iura subscripta pro gratia spetiali tenenda statuimus perhenniter et servanda, volentes, quod universa, que ab exteriori vallo superioris loci seu suburbii, quod vulgo dicitur Vorstat, usque ad castrum quondam super monte prope eandem villam situm et a castro directe usque ad ecclesiam Sancti Montis et ab ecclesia usque ad fontem dictum Widebrunnen et in descensu ab eodem fonte usque ad aque transitum dictum Dîsteg et abinde per ambitum pratorum et hortorum usque in superioris predicti valli terminum resupinum sunt inclusa,¹ preter curias celleriariorum et quorundam aliorum, qui dicuntur hūbarii,² abhinc inantea ius fori debeant obtinere cum omni iure ville dicte Wintirtur attinendo. Necnon sub eodem iure permanere debet, quicquid de predio nostro pro censu determinato ab hominibus infra predictas metas residentibus possidetur.

[2] Item statuimus, quod super omnibus illis bonis et possessionibus, quibus attinet ius forense, quod vulgo dicitur marchesreht,³ si forsitan super eisdem questio mota vel suborta fuerit aliqualis, nullus debet alias quam coram nobis vel nostris successoribus, qui villam predictam possidebunt, et coram eiusdem ville sculteto seu ministro, qui tunc fuerit, in aliorum civium presentia stare iuri.

[3] Nec etiam in scultetum seu ministrum eiusdem ville quisquam debet eligi vel admitti, nisi de communi consilio civium unus ex eis eligatur, qui nec sit miles nec ad gradum debeat militie promoveri.⁴

[4] Item ordinavimus, quod, si quemquam predictorum civium dominus prefate civitatis impetit super aliquo forefacto, pro quo forsitan apud ipsum erit aliquis accusatus vel etiam infamatus, huius impetitionis tenore in iam dicta villa Wintirtur coram civibus et iudicio denudato culpam vel innocentiam civis accusati debet idem dominus ibidem plene cognoscere, contentus, quicquid super hoc ab eisdem civibus fuerit sententia publica diffinitum.

[5] Item nullus dominus ratione cuiusdam iuris, quod in vulgari dicitur val, post decessum aliquorum infra predictas metas residentium bona mortuaria debet exigere, nisi servum haberet, qui nullum superstitem vel heredem relinqueret, tunc potiri deberet iuxta consilium civium suo iure.⁵

[6] Item silva dicta Eschaberch eo iure communi, quod vulgo dicitur gimeinmerche, quemadmodum hactenus ab antiquo fuisse dinoscitur, in usum ville cedet abhinc inantea memoratæ.⁶

[7] Item nullus dominus debet ratione proprietatis, quam habet in suos proprios homines, in predium eorundem situm infra metas predictas, ad quas extenditur ius fori, succedere tamquam heres.

[8] Item quicumque in predicto loco se receperint contrahendi matrimonialiter viri cum uxoribus et e converso, ubicumque placuerit, filios et filias suas legitima coniunctione copulandi, ad quemcumque locum voluerint, disparitate conditionis et dominii non obstante, plenam habent et liberam potestatem.

[9] Item quia scimus, predictam civitatem ratione divisionis super hereditate quorundam bonorum a nostris antecessoribus facte debere persolvere centum libras, fixo tenore decrevimus, quod homines infra metas eiusdem civitatis permanentes ratione stipendii nobis et nostris successoribus semel in anno, videlicet in festo sancti Martini [11. November], centum libras monete Turicensis et non amplius dare debent.⁷ Insuper ad nos et nostros successores eiusdem civitatis officia debent simul et iudicia pertinere.

[10] Item quicumque civis est vel erit in predicto loco, si idem a suo domino in patria existente, cui ratione servilis conditionis proprie dicitur attinere, infra annum et diem unum pro nullo servitio fuerit requisitus, tunc abinde in posterum nulli domino servire tenetur, nisi qui prenominatam in firma possessione tenuerit civitatem. Hoc tamen addito, quod sine illius voluntate, qui iam dictam civitatem in sua tenuerit potestate, quemquam in civem recipere non debemus.


[11] Item a gratia domini iam dicte civitatis nullus meretur excludi, nisi qui fraudem et perfidiam enormem vel homicidium perpetraverit aut qui alium excaverit vel in aliis membris mutilaverit aut qui tale nefas horrendum commiserit, quod vulgo dicitur mort, vel aliud quocumque nomine nuncupetur, quod huic fuerit equipollens.⁸ Item qui alium armata manu volneraverit, aut quinque libras persolvat aut manu truncabitur pro emenda. Qui autem alias insolentias vel contumacias fecerit, que fuerint per iudicium emendande, aut cum pena trium librarum satisfaciat aut memoratam civitatem per annum integrum evitabit.

[12] Item nostre voluntatis est, quod castrum montis adiacens prefate ville numquam debeat reparari.

Huius rei testes sunt Chũnradus de Tengin, Chũno de Tũfn, Henricus de Hũmelincon, nobiles, Johannes de Blũmenberch, Ũlricus de Hetlingen et ...^a frater suus dictus Dapifer de Dũssenhoven, Burchardus de Wida, R, quondam advocatus in Vrowenvelt, Nicolaus de Girsperch, milites, et quamplures alii, quorum nomina, ne fastidium generent, sunt ommissa.

Ut autem ea, que prefate civitati seu civibus in ea commorantibus indulsumus, non solum apud nos verum etiam apud nostros successores firmiora permaneant nec violari possint nec debeant in futurum, presens cirographum super hoc contulimus nostri sigilli karactere communitum.

Acta sunt hec anno domini m^o cc^o lx^o iiiii^o, decimo kalendas iulii, indictione septima.⁹

[Vermerk auf der Rückseite von Hand des 15. Jh.:] Umb unsern friedkreis und ^{b-} mit me^{-b} ze stür geben sollen denn c^c  und ander friheit, alz unser rodel wist.

[Vermerk auf der Rückseite von Hand des 18. Jh.:] Graaf Rudolfs von Habsburg freyheits-brieff der statt Winterthur, anno 1264^d

Original: STAW URK 5; Pergament, 39.5 × 31.5 cm (Plica: 4.5 cm); 1 Siegel: Graf Rudolf von Habsburg, 5
Wachs, rund, angehängt an einer Kordel, beschädigt.

Übersetzung: (ca. 1500) STAW URK 5.2; Doppelblatt; Papier, 22.0 × 32.0 cm.

Abschrift: (ca. 1549) StAZH C I, Nr. 3165; Doppelblatt; Papier, 22.5 × 33.5 cm.

Übersetzung: (ca. 1549) StAZH C I, Nr. 3165, Beilage 1; Doppelblatt; Papier, 22.0 × 33.0 cm.

Übersetzung: (1629) winbib Ms. Fol. 49, S. 3-6; Papier, 21.0 × 32.5 cm. 10

Übersetzung: (ca. 1650) STAW URK 5.3; Doppelblatt; Papier, 21.0 × 32.5 cm.

Übersetzung: (1667) (Am 13. September 1667 übergab Winterthur der Stadt Zürich Abschriften seiner Freiheitsbriefe, vgl. StAZH B III 90, S. 337.) StAZH A 155.1, Nr. 1; Heft (4 Blätter); Papier, 20.5 × 33.0 cm.

Übersetzung: (ca. 1667) STAW B 1/32, S. 1-3; Papier, 22.5 × 35.0 cm.

Übersetzung: (1677) StAZH B III 90, S. 33-44; Papier, 18.0 × 21.0 cm. 15

Abschrift: (Mitte 18. Jh.) winbib Ms. Fol. 27, S. 3-5; Papier, 24.0 × 35.5 cm.

Übersetzung: (Mitte 18. Jh.) winbib Ms. Fol. 27, S. 7-9; Papier, 24.0 × 35.5 cm.

Edition: UBZH, Bd. 3, Nr. 1268; Hotz 1868, Sp. 49-53; Geilfus 1864, S. 20-22; Bluntschli 1856, Bd. 2, S. 372-374; Gaupp, Stadtrechte, Bd. 1, S. 135-138; SWB 1828, S. 362-365.

^a Lücke in der Vorlage (3 cm). 20

^b Beschädigung durch verblasste Tinte, unsichere Lesung.

^c Beschädigung durch verblasste Tinte, unsichere Lesung.

^d Hinzufügung auf Zeilenhöhe von Hand des 19. Jh.: 22 Brachmonat.

¹ Zur räumlichen Ausdehnung des sogenannten Friedkreises vgl. Kläui 1964a, S. 37, 39. Er wurde 1442 durch König Friedrich III. erweitert (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 74). 25

² Die Kelnhöfe und Schuppisengüter innerhalb des Winterthurer Friedkreises waren von der städtischen Gerichtsbarkeit ausgenommen und gelangten mit der Herrschaft Kyburg in den Besitz der Stadt Zürich, die keine Eingriffe der Winterthurer in den Zuständigkeitsbereich des Schuppisengerichts duldet (StAZH A 155.1, Nr. 113; StAZH B II 106, S. 10).

³ Zur Bedeutung des ius fori oder ius forense (Markrecht) vgl. Kläui 1964a, S. 35-37. 30

⁴ Zur Schultheissenwahl durch die Bürger vgl. SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 34.

⁵ Zum Problem der Leibeigenschaft von Stadtbewohnern und Bürgern vgl. SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 55; SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 120; SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 247; SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 286.

⁶ Zu städtischen Nutzungsrechten im Wald Eschenberg vgl. SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 17.

⁷ Der Steuerbetrag variierte später, vgl. SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 13. 35

⁸ Zu den Folgen des Huldverlusts vgl. Holenstein 1991, S. 172-174.

⁹ In den späteren deutschen Übersetzungen ist das Datum unrichtig aufgelöst: 10. Tag des Heumonats (Juli).